



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/73

24. Juni 1949

## Dunkelmänner unserer Zeit

G.Sch. Der relativ hohe Teil der Wahlberechtigten, der sich bei allen bisherigen Wahlen geweigert hat, irgend eine Stellung zu beziehen, die grosse Zahl der Ostvertriebenen und eine Jugend, die keine Gelegenheit hatte, in demokratische Traditionen hineinzuwachsen, sind natürlich ein geeignetes Feld für jegliches politisches Spekulantentum. Nicht zu vergessen die Menge der Opfer einer Wirtschaftspolitik, die die Bedürfnisse der breiten Masse systematisch vernachlässigt.

So braucht man sich eigentlich nicht zu wundern, wenn sich heute immer neue Kreise zusammenfinden, die nach bewährtem Muster aus der Not unseres Volkes politisches Kapital zu schlagen versuchen. Besorgniserregend ist nur die Unverfrorenheit, mit der sich gewisse Leute, von denen wir annahmen, dass sie ein für allemal von der politischen Bildfläche verschwunden wären, nun wieder vor die Öffentlichkeit wagen.

Am 23. Juni fand in Bad Godesberg eine Tagung der "Gemeinschaft unabhängiger Deutscher" statt. Sie konnten es sich erlauben, drei bekannte Nazigeneräle, und zwar von Manteuffel, Pape und Remer einzuladen. Während die beiden Erstgenannten den Zeitpunkt offenbar für verfrüht hielten und sich entschuldigten, wobei sie nicht vergaßen, der Versammlung ihre ausdrückliche Anerkennung auszusprechen, war Generalmajor Remer, der Mann, der die Schuld am Misslingen der Befreiungsaktion vom 20. Juli 1944 trägt, pünktlich zur Stelle. Ein Rechtsanwalt Dr. Dix, der Verteidiger Schachts und Flicks vor dem Nürnberger Gericht liess es vor vielen Pressevertretern nicht an Versuchen fehlen, Remer zu rehabilitieren. Er hätte aus soldatischem Pflichtgefühl gehandelt und sei subjektiv im Recht gewesen, meinte Dix.

In solcher Gesellschaft durfte natürlich auch Herr von Ostau nicht fehlen, der sich auf seinen Vortragsreisen einen Namen dadurch erwarb, dass er geschickt und demagogisch an die nationalistischen Gefühle seiner Zuhörer appellierte. Von Ostau ist sogar der eigentliche Vater des der Versammlung zugrunde gelegten Planes, der darauf hinausgeht, durch Aufstellung unabhängiger Kandidaten die Parteilizenzierungsbestimmungen zu umgehen und die gewählten Kandidaten später im Bundestag zu einer Fraktion zusammenzuschliessen.

Die Politik dieser Fraktion aber würde dann von den Kreisen bestimmt, zu denen die drei genannten Generale nur die Verbindungsmänner waren.

In einem Aufruf "An alle Deutschen" werden zunächst die bestehenden demokratischen Parteien beschimpft und dann festgestellt, "was das deutsche Volk will". Dieser Teil des Pamphlets ist gewiss der interessantere, denn natürlich wird hier klar, was die sogenannten "Unabhängigen" selbst wollen. Zieht man die leeren Worte ab, so entdeckt man die Forderung nach einer Neuauflage des "Deutschen Reiches in seinen historischen Grenzen". Dass damit nicht der Weimarer Staat gemeint ist, liegt auf der Hand. Die nächste Forderung ist die nach der Unabsetzbarkeit und Unabhängigkeit der Richter "von den herrschenden politischen Parteien". Die Formulierung sagt alles in ihrer entstellenden Verlogenheit, denn natürlich sind die Richter nicht von Parteien abhängig. Aber die "herrschenden politischen Parteien" tragen die Demokratie und das genügt, sie auf jede Weise zu diffamieren. Wenn ihr Einfluss erschüttert wäre, wäre die Justiz der Spielball solcher Elemente, wie sie in Godesberg in Aktion traten. Unter einer unerschrockenen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch auf neuen Wegen, dem folgenden Punkte, versteht man anscheinend die Wiedereinführung des Arbeitsdienstes oder vielleicht denkt man auch schon wieder an eine Art Wiederaufrüstung. Auf der gleichen Linie liegen die anderen Forderungen. Da Herr von Ostau erklärte, er wüsste, dass sich Schacht mit einer Anzahl von Plänen zur Lösung unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschäftige, würde es uns auch nicht wundern, wenn man Schacht bei der Errichtung einer "neuen Wirtschaftsordnung", von der auch die Rede ist, zu Rate zöge.

Soweit also sind wir schon wieder, dass sich heute, kaum vier Jahre nach dem Ende eines furchtbaren Weltkrieges, die dunklen Gestalten hervorwagen, die einen schweren Teil der Schuld an seinem Entstehen trifft. In knapp zwei Monaten finden die Wahlen zum ersten deutschen Bundestag statt. Ihr Ergebnis wird zeigen, ob politische Rattenfänger auch heute noch Chancen haben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aber ist nicht bereit, auch nur eine Konzession nach dieser Richtung zu machen. Das alte Wort, dass man den Anfängen wehren soll, hat gerade auf diesem Gebiet aktuellste Bedeutung.

Vor mehr als 16 Monaten, am 18. Februar 1948, gab Laszlo Rajk als ungarischer Innenminister Order zur Verhaftung von Dr. Gyula Antal. Nun ist die Reihe an ihn gekommen, er selbst wurde auf Anordnung des Kominform verhaftet. Dr. Antal glückte es damals, in die freie Welt zu entkommen; Rajk hat keine Stelle, an die er sich wenden kann. Der Tito von Ungarn wird in die äusserste Finsternis hinter dem Eisernen Vorhang auf immer verschwinden.

Ungarns Tito: Laszlo Rajk

Von Dr. Gyula Antal,  
ehemaliger Parteisekretär der ungarischen Sozialdemokratie

Wer war dieser Mann, und wie war sein Schicksal?

Zwei seiner elf Brüder, Béla und Gyula Rajk, waren 1944 Regierungskommissare für die Pfeilkreuzler während des Naziregimes in Budapest. Er selbst war ein genau so fanatischer Kommunist wie seine Brüder der fanatische Nazisten waren. Ungefähr zwei Jahre lang nahm Rajk am spanischen Bürgerkrieg teil und war seit 1941 der Leiter der unterirdischen kommunistischen Bewegung in Ungarn. Nach dem Kriege wurde er als Leiter der ungarischen Widerstandsbewegung bezeichnet. Rajk glaubte, dass er nach Einzug der Russen der erste Mann in Ungarn werden würde. Er irrte.

Die russische Armee brachte Moskaus eigene Delegierte mit: Rakosi, Gerö, Révai, Vaa und die übrigen. Bevor die russische Geheimpolizei (NKVD) die Reinigung bei den Nazisten durchführte, transportierte sie eine Reihe ungarischer "Trotzkisten" nach Russland. Alle die verwegenen Mitkämpfer Rajks wurden auf diese Weise von ihm getrennt. Er blieb als einziger unter den Moskowitern im Politbüro der ungarischen kommunistischen Partei zurück.

Sein Gegensatz zu dem von Moskau zurückgekommenen Rakosi war von Anfang an offenbar. Bei einer Parteileitungssitzung sagte er zu Rakosi: "Sie kommen von Moskau, wir kennen das ungarische Volk besser als Sie". Rajk rechnete damit, dass er in dem antisemitischen Ungarn immer populärer als Rakosi sein würde, der Jude ist. Rakosi jedoch verstand als guter Taktiker sehr wohl, dass die Moskauer Gruppe zu Beginn Rajk nicht entbehren konnte. Er arbeitete deshalb mit Rajk zusammen und polemisierte in seiner Rede im Herbst 1946 in der Sporthalle in Budapest sogar gegen die Verleumdungen, die behaupteten, dass es Gegensätze zwischen ihm und Rajk gäbe. Als Innenminister war Rajk ein gefürchteter Machtfaktor. Alle Verwaltungsorgane wurden der politischen Polizei untergeordnet. Seine Stellung schien unangreifbar zu sein.

Die Kommunisten jedoch haben ihre eigenen Methoden für Gegenkontrolle. Der Chef für die politische Polizei in Ungarn ist Gabor Péter, der in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen Kurier der Kommunisten zwischen Budapest und Moskau war. Während Rajk eine

24.6.1949

Kartothek über alle anderen aufstellen liess, wurde sein eigener Name als verdächtig notiert, als eine spezielle Defensivgruppe in der politischen Polizei die Aufgabe erhielt, die ungarischen Nationalkommunisten zu beobachten. Nach der Bannbulle gegen Tito folgten spannende Wochen. Rajk fühlte sich nicht stark genug und verpasste durch sein Zaudern den für ein Zugreifen geeigneten Augenblick.

Rakosi erwies sich wiederum als geschickter Taktiker. Er versetzte Rajk vom Chef des Innendepartements zum Chef des Aussendepartements. Der Aussenminister in einem von Rußland abhängigen Lande hat nicht viel zu sagen. Im Lauf einer Woche wurden Innenministerium und politische Polizei von den Freunden Rajks gesäubert. Ein Artikel gegen die Nationalkommunisten im zentralen Organ des Kominform deutete an, dass die Tage Rajks gezählt seien. Doch musste der ungarische Tito erst in seinem Verhältnis zum wirklichen Tito kompromittiert werden. Das Kominform leitete seine heftigsten Angriffe gegen Tito via Ungarn und bewirkte, dass gerade der Aussenminister Rajk Protokolle und Ausweisungsbefehle gegen titotreue Jugoslawen unterschrieb. Rakosi wusste sehr genau, warum er gerade Rajk diese Noten unterschreiben liess. Rajk selbst, der damals schon unter ständiger Aufsicht der Geheimpolizei stand, sah - ohne auch nur das Geringste dagegen unternehmen zu können - der Vollstreckung seines Schicksals entgegen.

Er war ein zäher und steifnackiger Mann. Seine auf den Gremien der Partei mit leiser und monotoner Stimme vorgetragenen Diskussions-einlagen brachten immer am unbeugsamsten die jeweiligen kommunistischen Standpunkte zum Ausdruck. Er konnte ohne Unterbrechung 14 - 15 Stunden im Ministerium des Innern arbeiten. Er wollte alles wissen und selbst alles tun. Eifrig sammelte er Material und wünschte Waffen gegen alle zu haben. Rajk war der Prototyp des wirklich rationalen Kommunisten, und wenn er auch nicht in Moskau ausgebildet war, hatte er sich doch die Methode des Kreml angeeignet. Nur eines konnte er niemals lernen, dass ein Leiter im System Stalins vorsichtig und fügsam gegenüber Moskau sein muss, wenn er seinen Kopf behalten will.

("Sozial-Demokraten", Kopenhagen)

Deutsche Studiengruppen in den USA. (sp.) Mehrere deutsche Studiengruppen befinden sich z.Z. auf Einladung der amerikanischen Zivilverwaltung in den USA. Zweck dieser Reisen ist, es, die Entwicklung fortschrittlicher und demokratischer Grundsätze und Praktiken auf den verschiedensten Gebieten in Deutschland zu fördern. Eine Gruppe von Beamten beschäftigt sich mit dem Studium der Arbeitsweise der Bundesregierung in den USA, eine Frauengruppe untersucht die Rolle der amerikanischen Frauen im öffentlichen Leben, mehrere Städtebau-Architekten sind in Chicago und anderen Städten Gäste der amerikanischen Gesellschaft für Planungsbeamte und zwei Beamtengruppen der öffentlichen Wohlfahrt verbringen einige Monate bei der Federal Security Agency.

(b/B.65/246/hs)

Gegen die Einheitsgewerkschaft

Spaltungsversuche von aussen

S.N. Kürzlich tagte in Lyon der Kongress des "Internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes". Der Generalsekretär des Bundes, P. J. S. Serrarens (Holland), erklärte bei dieser Gelegenheit, dass "die christlichen Arbeiter Deutschlands nie an die Einheitsgewerkschaften Deutschlands geglaubt hätten und jetzt versuchen, den Widerstand der heutigen Gewerkschaftsführer gegen christliche Gewerkschaften "zu brechen". Der Kongress nahm einen Beschluss an, in welchem das Sekretariat des "Internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes" beauftragt wird, in Deutschland eine christliche Gewerkschaftsorganisation ins Leben zu rufen.

Weiter wurden von Serrarens heftige Angriffe gegen die Militärregierungen in Deutschland gerichtet und diese beschuldigt, dass sie "einseitig zu Gunsten der Einheitsgewerkschaft" Stellung genommen hätten und damit die "gewerkschaftliche Freiheit" unterdrückten. Jene christlichen Gewerkschaftsführer in Deutschland, die gegen die Spaltung der heutigen Gewerkschaften Stellung nahmen, wurden von Serrarens beschimpft. Sie seien, soweit sie vor 1933 als führende Gewerkschafter tätig gewesen waren, "alt geworden" und - wenn sie heute für die Einheitsgewerkschaft Stellung nähmen, so sei dies auch dem Einfluss des Nationalsozialismus(!) zuzuschreiben. Man unterliege nicht ungestraft jahrelang einer Propaganda, bei der die Stimmen der Christen schweigen mussten, erklärte Serrarens, an die christlichen Gewerkschafter gerichtet.

Die "Münchener Allgemeine" bringt einen Bericht über diesen Kongress mit der bezeichnenden Überschrift: "Christliche Gewerkschaften - eine internationale Förderung für Deutschland", und macht sich zum Sprachrohr dieser ausländischen Spaltungsversuche.

Nachdem es den ODU-Politikern bisher nicht gelungen ist, die heutigen einheitlichen Gewerkschaften zu spalten, wird dies jetzt anscheinend auf diesem Weg der Einmischung von aussen versucht. Bislang waren wir es nur von den Kommunisten gewöhnt, dass sie auf Befehl Moskaus immer bereit waren, die nationalen und sozialen Interessen der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften des eigenen Landes zu missachten. Wir wissen nicht, ob hinter dem "Internationalen christlichen Gewerkschaftsbund" deutsche oder ausländische kapitalistische Kreise oder gar Rom stehen. Jedenfalls würde ein Versuch, die Gewerkschaften zu spalten, nur dazu führen, die Schlagkraft und Aktionsfähigkeit der Arbeitnehmer zu schwächen. Freilich sind wir überzeugt, dass alle solche Versuche keinerlei ernsthafte Resonanz unter den christlichen Arbeitnehmern finden werden.

Die bisherigen Erfahrungen seit 1945 bestätigen das immer wieder. Daran ändert auch nichts, dass die gleichen ausländischen christlichen Kreise von Holland und Luxemburg auf allen möglichen Schleich-

wegen Gelder für Gründungsexperimente zur Verfügung stellten, die zwar unter dem Namen "Christlich" firmierten, de facto aber nur zur Existenz "gelber" Vereine führten.

Im Interesse der guten Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften wäre es sehr zu begrüßen, wenn die führenden ehemaligen christlichen Gewerkschafter klar und eindeutig von den Bestrebungen des Lyoner Kongresses abrücken würden, nicht aber misstrauenerregende Erklärungen abgeben ähnlich jener, dass die Schaffung christlicher Gewerkschaften "nicht akut" sei.

-----  
Giftpfeile aus Prag  
 -----

sp. Eine fette Wahlente ist von Kassel aus aufgefliegen. Eine dortige "Neubürgergemeinschaft" verbreitete schon in der Vorwoche mit DENA-Hilfe die Behauptung, Wenzel Jaksch sei in London Minister der Auslandsregierung Dr. Benesch gewesen und hätte sich dadurch an der Austreibung der Sudetendeutschen mitschuldig gemacht.

In einer Umsiedler-Kundgebung in Kassel stellte dann Jaksch am 18. Juni vor 2500 Zuhörern fest, er sei nie Exilminister gewesen und habe seine Verhandlungen um eine friedliche Lösung des deutsch-tschechischen Problems ausschliesslich mit dem Mandat des letzten Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie geführt. Daraufhin verbreitete DENA am 23. Juni eine erneute Behauptung, der Kasseler "Neubürgergemeinschaft", wonach Jaksch auch nach dem Abkommen von Jalta tschechischer Exilminister geblieben sein soll. Unter Berufung auf ein bisher unbekanntes Buch des in Prag amtierenden Ministerpräsidenten Zapotocky (der während des Krieges in Koskau gelebt hat) wird in dieser zweiten Erklärung noch hinzugefügt, Jaksch wäre erst im Januar 1945 zurückgetreten, weil sein Wunsch, stellvertretender Ministerpräsident zu werden, nicht erfüllt worden war.

Damit wird die Vorwahlklüge doch zu dick aufgestrichen. Es handelt sich offenkundig um ein kommunistisches Manöver, denn wie hätten sonst kleine Vereinsfunktionäre in Kassel die gesammelten Werke eines tschechischen Austreibungsministers zur Hand? Die schlichte Wahrheit ist, dass seit dem Bekanntwerden der Austreibungspläne Dr. Benesch zwischen der tschechischen Exilregierung und der in London wirkenden Exekutive der sudetendeutschen Sozialdemokratie ein Zustand tödlicher Verfeindung bestand. Der einzige sudetendeutsche Politiker, der in London aus den Händen Dr. Benesch ein Amt als Staatsrat annahm, war der kommunistische Exsenator Karl Kreibisch.

Warum gestatten die Bezieher der DENA, sie mit völlig obskuren Behauptungen zu füttern, die bei jeder Rückfrage als pure Wahlmache zu durchschauen gewesen wären? Im Ausland freilich wird damit nur Gelächter geerntet, denn dort weiss man Bescheid.

Geprellte Flüchtlingsbeamte

H.K. Wie gross der Unterschied zwischen den Worten und den Taten der CDU besonders dann ist, wenn es sich um die Flüchtlinge handelt, hat Oberdirektor Ränder jetzt so überzeugend bewiesen, dass es für jeden denkenden Flüchtling genügt, die Tatsachen kennenzulernen. Jeder Kommentar ist überflüssig.

Am 4. März stellte die SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat den Antrag, die Pensionen der Flüchtlingsbeamten denen der übrigen Pensionäre gleichzustellen. Dieser Antrag wurde angenommen. In der nächsten Vollversammlung, am 24. März, wurde vom Verwaltungsrat erklärt, dass man noch einmal mit den Ländern verhandeln wolle, alle Flüchtlingsbeamten und nicht nur die, für die der Wirtschaftsrat zuständig ist, dem **SPD-Antrag entsprechend zu behandeln. Dabei wurde betont, dass, falls die Länder sich dazu nicht entschliessen könnten, der Verwaltungsrat für die bizonalen Flüchtlingsbeamten eine entsprechende Anweisung herausgeben solle.**

In den Kreisen der Flüchtlingsbeamten wurde das dankbar begrüsst, denn es ist wirklich nicht einzusehen, warum die Flüchtlinge - nur weil sie Flüchtlinge sind - weniger Pension erhalten sollen, als jeder andere. Die Sozialdemokraten, die mit ihrem Antrag dieses Unrecht beseitigen wollten, mussten allerdings bald feststellen, dass der Verwaltungsrat, der bekanntlich nur aus CDU-Leuten besteht, gar nicht daran dachte, den Flüchtlingen das zu geben, was ihnen nach dem Beschluss des Wirtschaftsrates zustand. Schliesslich richtete die SPD-Fraktion an Herrn Dr. Ränder eine Reihe von Fragen, die Antwort, die darauf am 23. Juni erteilt worden ist, war geradezu niederschmetternd. Dieser tüchtige Verwaltungsrat hat zwar seit dem 1. April allen Pensionären gewisse Abzüge auferlegt, aber er hat gar nicht daran gedacht, diese Gelder ihrer Bestimmung zuzuführen, d.h. für die Flüchtlingspensionäre zu verwenden. Erst einen Tag nach Bekanntwerden der sozialdemokratischen Anfrage beschloss der Verwaltungsrat, die Gleichstellung der Pensionen ab 1. Juli durchzuführen.

Praktisch bedeutet das, dass ein Beschluss des Wirtschaftsrates zu Gunsten einer sehr grossen Flüchtlingsgruppe vom Verwaltungsrat nicht durchgeführt worden ist. Das Opfer, das mit den Pensionskürzungen einem Teil der Beamten zugemutet werden musste, ist nicht zu Gunsten derjenigen verwandt worden, für die es bestimmt war. Und schliesslich: Die Flüchtlinge sind volle drei Monate länger, als es nach dem SPD-Antrag notwendig gewesen wäre, um ihr Recht gebracht worden. Die Verantwortung dafür tragen allein die Leute, deren Mund von schönen Worten überzufließen pflegt, die sich aber zu einer wahrhaft sozialen Tat nur unter stärkstem Druck entschliessen können. Die CDU/CSU, die die volle Verantwortung für den Verwaltungsrat und seinen Vorsitzenden Dr. Ränder trägt, wird es nicht leicht haben, dieses Verhalten vor den Flüchtlingen zu verantworten.